

Mainz, den 8. März 2021

Pressemitteilung

Landtagswahl am 14. März 2021: „Wählen Sie Vielfalt!“ Rheinland-pfälzische Organisationen rufen zur Wahl demokratischer Parteien auf

„Wählen Sie Vielfalt!“ – Zur Landtagswahl in RLP am 14. März 2021 rufen rheinland-pfälzische Organisationen die wahlberechtigten Rheinland-Pfälzer*innen dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und dabei keine Partei zu wählen, die gegen marginalisierte Personengruppen wie Migrant*innen, Flüchtlinge, ethnische oder religiöse Minderheiten, queere Menschen oder Beziehende*innen von Transferleistungen Stimmung macht und ihre Grund- und Menschenrechte in Frage stellt. Getragen wird der Aufruf von

- der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in RLP (AGARP);
- dem AK Asyl – Flüchtlingsrat RLP e.V.;
- Aktiv für Flüchtlinge RLP;
- Arbeit & Leben RLP gGmbH;
- dem DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz/Saarland;
- dem Institut zur Förderung von Bildung und Integration – INBI;
- dem Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP;
- der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in RLP e.V.;
- dem Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in RLP;
- QueerNet RLP e.V. und
- der Seebrücke RLP.

Die Organisationen weisen in ihrem Aufruf darauf hin, dass das Wahlrecht eine tragende Säule der Demokratie ist. Sie fordern die Wähler*innen dazu auf, sich vor ihrer Wahlentscheidung durch Gespräche mit Kandidat*innen und einem Blick in die Wahlprogramme der demokratischen Parteien zu vergewissern, ob sie sich für die Rechte von benachteiligten Personengruppen einsetzen und in der nächsten Legislaturperiode Maßnahmen ergreifen werden, um ihre Teilhabechancen zu verbessern.“

„Für uns ist klar: Eine Partei, die auf Bundes- und auf Landesebene gruppenbezogen menschenfeindliche Positionen vertritt und Rechtsextremist*en in ihren Reihen nicht nur duldet, sondern zu ‚lupenreinen Demokrat*innen‘ umdeklariert, ist keine Alternative für Rheinland-Pfalz“, erklärt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP, der den Aufruf trägt. „Die AfD tut genau das und steht deshalb zurecht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes. Sie sollte im Parlament eines Bundeslandes, das qua Verfassung der Würde des Menschen und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist, keinen Platz haben. Wir rufen alle wahlberechtigten Rheinland-Pfälzer*innen dazu auf, das am nächsten Sonntag durch ihre Stimmabgabe deutlich zu machen.“

gez. Torsten Jäger, Geschäftsführer Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP